

Wirtschaftsordnungen verstehen und beurteilen – mit der Planspielmethode

Grundlagen, Unterrichtskonzeption
und Lernwege als Beitrag zur Politikdidaktik

Christian Fischer
Wirtschaftsordnungen verstehen und beurteilen
– mit der Planspielmethode

Christian Fischer

Wirtschaftsordnungen verstehen und beurteilen – mit der Planspielmethode

Grundlagen, Unterrichtskonzeption und
Lernwege als Beitrag zur Politikdidaktik

Budrich UniPress Ltd.

Opladen • Berlin • Toronto 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dissertation an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2017

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Alle Rechte vorbehalten

© 2018 Budrich UniPress, Opladen, Berlin & Toronto

www.budrich-unipress.de

ISBN 978-3-86388-763-6 (Paperback)

eISBN 978-3-86388-327-0 (eBook)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de

Lektorat: Judith Hennig, Hamburg – www.buchfinken.com

Satz: Beate Glaubitz, Leverkusen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	11
Einleitung	13
 Teil I:	
Wirtschaftsordnungen und das Problem ihrer Vermittlung	19
 1. Sachanalyse: Gegenstandsbestimmung und Ordnungsmodelle	20
1.1 Der Begriff <i>Wirtschaftsordnung</i> : Problemorientierte Gegentandsbestimmung und Analyseansatz	20
1.2 Freie Marktwirtschaft	23
1.3 Sozialistische Planwirtschaft	30
1.4 Soziale Marktwirtschaft	36
1.5 Sozialistische Marktwirtschaft	43
1.6 Anarchistisch-Sozialistische Tauschwirtschaft	48
1.7 Systematisierung	56
 2. Didaktische Analyse	62
2.1 Ökonomische, Politische oder Sozialwissenschaftliche Bildung? Der Lerngegenstand <i>Wirtschaftsordnungen</i> in unterschiedlichen fachdidaktischen Perspektiven	62
2.1.1 Ansatz und Perspektive der Ökonomischen Bildung	62

2.1.2	Ansatz und Perspektive der politikwissenschaftlich orientierten Politischen Bildung	67
2.1.3	Ansatz und Perspektive der sozialwissenschaftlich orientierten Politischen Bildung. Ein Plädoyer	71
2.2	Analyse von Lernzugängen und Vermittlungsschwierigkeiten für den Lerngegenstand <i>Wirtschaftsordnungen</i>	77
2.2.1	Empirische Studien und die Gefahr didaktischer Kurzschlüsse ...	77
2.2.2	Alltagserfahrungen und subjektive Vorstellungen als Zugang und Lernhindernis	81
2.2.3	Werte, politische Einstellungen und Ordnungsvorstellungen als Zugang und Lernhindernis	83

Teil II:

Die Didaktik der Planspielmethode	89
--	-----------

3. Warum fachdidaktische Prinzipien und Methoden? Grundlegende Überlegungen zur Einführung	91
---	-----------

3.1	Fachdidaktische Prinzipien: Begriff und Begründung	91
3.2	Methode: Begriff und Begründung	98

4. Leitende didaktische Prinzipien: Handlungsorientierung, Genetisches Prinzip und Kontroversität	104
--	------------

4.1	Handlungsorientierung	104
4.2	Genetisches Prinzip	107
4.3	Kontroversität	110

5. Die Planspielmethode	113
--------------------------------------	------------

5.1	Planspiele und ihre Lernchancen	113
5.2	Durchführung eines Planspiels	119
5.3	Gibt es genetische und kontroverse Komponenten in der Planspielmethode?	122

5.4	Möglichkeiten einer genetischen und kontroversen Erweiterung der Planspielmethode	125
-----	---	-----

Teil III:

Lerntheorie und Kompetenzorientierung	129
--	------------

6. Lerntheorien	130
------------------------------	------------

6.1	Pragmatistisch-konstruktivistische Lerntheorie	130
-----	--	-----

6.1.1	Die Welt begreifen: Vom konkreten Tun zur Abstraktion	130
-------	---	-----

6.1.2	Konzepte, Wissen, Sinn und Bedeutung: Die mentalen Struktureinheiten des Denkens, Urteilens und Handelns	134
-------	--	-----

6.1.3	Lernen als Konstruktionsprozess	136
-------	---------------------------------------	-----

6.2	Theorie des politisch-moralischen Lernens	140
-----	---	-----

6.2.1	Die Entwicklung des moralischen Urteils	140
-------	---	-----

6.2.2	Schlussfolgerungen für politisch-moralisches Lernen	143
-------	---	-----

7. Kompetenzorientierung	145
---------------------------------------	------------

7.1	Kompetenzbegriff und Kompetenzmodelle in der Politikdidaktik	145
-----	--	-----

7.2	Kritik an der politikdidaktischen Kompetenzdebatte und eigene Positionierung	154
-----	--	-----

7.3	Das Modell der Fachgruppe Sozialwissenschaften: Begründung und Ausführung	158
-----	---	-----

Teil IV:

Das Planspiel <i>Wirtschaftsordnungen</i>	165
--	------------

8. Idee, didaktische Zielsetzung und Konzeption des Planspiels <i>Wirtschaftsordnungen</i>	166
---	------------

8.1	Idee und Entwicklungsprozess	166
-----	------------------------------------	-----

8.2	Didaktische Zielsetzung	169
-----	-------------------------------	-----

8.3	Aufbau und Dramaturgie des Planspiels <i>Wirtschaftsordnungen</i> ..	171
-----	--	-----

9.	Durchführung des Planspiels <i>Wirtschaftsordnungen</i>	177
9.1	Prolog	177
9.2	Akt I: Entdecken und Untersuchen	179
9.2.1	Das Teil-Planspiel <i>Marktwirtschaft</i>	179
9.2.2	Das Teil-Planspiel <i>Planwirtschaft</i>	186
9.2.3	Die Moralstufenanalyse <i>Wirtschaftsordnungen</i>	191
9.3	Akt II: Anwenden, Erweitern, Diskutieren	201
9.4	Epilog: Positionierung und Abschlussreflexion	206
Teil V:		
Die empirische Untersuchung des Planspiels <i>Wirtschaftsordnungen</i>		209
10.	Begründung und Zielsetzung der empirischen Untersuchung	210
10.1	Warum ist diese Untersuchung notwendig?	210
10.2	Zielsetzung der empirischen Untersuchung	212
11.	Forschungsdesign	214
11.1	Methodischer Ansatz	214
11.2	Erhebung, Erhebungsinstrumente und Fallauswahl	217
11.3	Interpretationsmethode: Der Entwurf einer politikdidaktischen Lerner/-innen-Hermeneutik	220
11.3.1	Die Dokumentarische Methode als methodologischer Ausgangspunkt	221
11.3.2	Die politikdidaktische Lerner/-innen-Hermeneutik: Idee und theoretische Grundannahmen	226
11.3.3	Schritte der Interpretation	229
11.3.4	Reflexion und Diskussion des Entwurfs	233
11.4	Überlegungen zur wissenschaftlichen Qualität und zum Aussagewert der qualitativen Untersuchung	237

12. Dokumentation und Interpretation von drei Lernwegen (Svea, Arnold und Kara)	239
12.1 Die Erhebung der Schüler/-innenvorstellungen und der Prolog ...	240
12.2 Akt I: Entdecken und Untersuchen	260
12.2.1 Das Teil-Planspiel <i>Marktwirtschaft</i>	260
12.2.2 Das Teil-Planspiel <i>Planwirtschaft</i>	293
12.2.3 Die Moralstufenanalyse <i>Wirtschaftsordnungen</i>	335
12.3 Akt II und Epilog	365
12.4 Fazit – Erster Schritt zu einer Typenbildung	401
 Teil VI:	
Schlussteil	413
 13. Diskussion der Ergebnisse und Schlussfolgerungen für die politikdidaktische Theorie und Praxis	414
13.1 Modellbasiertes Lernen im Planspiel <i>Wirtschaftsordnungen</i> : Was ist eigentlich das Modell? Und wie wird mit ihm umgegangen?	414
13.2 Ein neuer Blick: Planspiellernen ist eine komplexe mentale Koordinationsleistung	420
13.3 Die Lernenden denken sozialwissenschaftlich integriert! Über die Zugänge und Perspektiven der Lernenden im Gesamt- Planspiel <i>Wirtschaftsordnungen</i>	422
13.4 Einsichten zur Kompetenzorientierung	426
13.5 Reflexion und theoretische Einordnung der vorgenommenen Typenbildung	430
13.6 Lernen im Planspiel <i>Wirtschaftsordnungen</i> : Was ist förderlich? Wo gibt es Probleme? Welche konzeptionellen Alternativen sind denkbar?	433

14. Schlussbetrachtung und Ausblick	441
Anmerkungen	445
Literaturverzeichnis	453
Verzeichnis der Übersichten	476
Anhang	478
I. Materialien zum Planspiel <i>Wirtschaftsordnungen</i>	
II. Erhebungsbogen für die Erhebung der Vorwissensbestände	

Vorwort

Das Buch enthält meine Dissertation, die ich an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eingereicht und verteidigt habe. Gleichzeitig ist dieses Buch das Ergebnis meiner seit vielen Jahren andauernden Faszination an der Frage, wie sich Wirtschaftsordnungen mit der Planspielmethode unterrichten lassen. Ich kann mich noch gut an den Auslösemoment dieser Faszination erinnern. Es war die Durchführung des Planspiels *Wohnungssuche* in einer Lehrveranstaltung von Sibylle Reinhardt, an der ich als Lehramtsstudent teilgenommen hatte. In dieser Lehrveranstaltung wurde mein politikdidaktisches Interesse an Planspielen zum Thema *Wirtschaftsordnungen* initial geweckt. Der Weg bis zur Dissertation und zu ihrer Fertigstellung war danach aber noch sehr lang. Sibylle Reinhardt gebührt ein großer Dank dafür, dass sie mich über diese gesamte lange Wegstrecke begleitet und gefördert hat. Durch sie ist mir die wichtige wechselseitige Verknüpfung von Theorie und Praxis in der Politikdidaktik bewusst geworden. Des Weiteren gilt Andreas Petrik mein besonderer Dank. Mit seiner Arbeit zum Genetischen Prinzip sowie mit seiner produktiven Art, kritische Anstöße zu geben, hat er mein politikdidaktisches Denken erweitert und wichtige Impulse für die Konzeption und die Erforschung des Planspiels *Wirtschaftsordnungen* gegeben.

Einen besonderen Dank möchte ich weiterhin an die Graduiertenförderung des Landes Sachsen-Anhalt richten, die meine Arbeit von April 2012 bis Ende September 2014 mit einem Stipendium finanziert hat. In diesem Zusammenhang ist auch das Zentrum für Schul- und Bildungsforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (ZSB) hervorzuheben, das mir einen Platz zum Arbeiten zur Verfügung stellte. Die am ZSB erlebten Interpretationssitzungen haben außerdem einen großen Einfluss auf die Entwicklung meines forschungsmethodischen und -methodologischen Horizonts genommen.

Sabine Thormann danke ich für die vielen Gespräche über meine Auswertungsmethode und für gemeinsame Interpretationssitzungen. Allgemein möchte ich an dieser Stelle allen Personen danken, die mit mir gemeinsam Auszüge des erhobenen Materials interpretiert und/oder mein methodisches

Vorgehen (kritisch) reflektiert haben. Eine besondere Hervorhebung verdient darüber hinaus Gudrun Heinrich, die mich stets mit hilfreichen Rückmeldungen und wichtigen Freiräumen unterstützte und auf diese Weise sehr zum Gelingen der Arbeit beitrug. Im Rahmen dieser Danksagung sind ebenfalls Uwe Mielke, der mental und organisatorisch half, und Sascha Conrad, der mir als Freund und Computerexperte zur Seite stand, zu nennen.

Im ganz besonderen Maße möchte ich mich aber bei meiner Familie bedanken, die mir immer Rückhalt gab. Ich widme dieses Buch Franz und Friedrich.

Christian Fischer

Halle (Saale), August 2017

Einleitung

Vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise, der Eurokrise, der wachsenden sozialen Ungleichheit (national und global), des Klimawandels und der Berichte über geplante Obsoleszenz hat in den vergangenen Jahren das Interesse an ordnungspolitischen Fragen und der grundsätzlichen Gestaltbarkeit der Wirtschaftsordnung innerhalb unserer Gesellschaft spürbar zugenommen. Der Sozialphilosoph Axel Honneth (2015: 15) konstatiert in der Gesellschaft ein stark angewachsenes „Unbehagen über den sozioökonomischen Zustand, über die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeitsbedingungen“. Auf dieses Gefühl haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Publikationen reagiert (z.B.: Badiou 2014; Corneo 2014; Sedláček/Graeber 2015; Honneth 2015; Misik 2016).

Prinzipiell ist es wichtig, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der man lebt, zu kennen und beurteilen zu können, denn dies sind die Voraussetzungen für eine mündige Partizipation an ihr. Darauf weisen nachhaltig die Didaktik der Ökonomischen Bildung und die der Politischen Bildung hin (vgl. Kaminski 2012; Seeber u.a. 2012; Beermann/Grammes/Reinhardt 2004; Detjen 2006; Hedtke 2007; Engartner 2010). Die Frage, wie man das wirtschaftliche Zusammenleben in der Gesellschaft gestalten möchte, ist zugleich eine politische Grundfrage, weil sie zum einen auf die Struktur des Gemeinwesens zurückwirkt und zum anderen politisch entschieden wird. Politisches Denken beinhaltet stets das Abwägen unterschiedlicher alternativer Gestaltungsmöglichkeiten (vgl. Lösch 2008: 245). Folgt man dem Wirtschaftswissenschaftler Giacomo Corneo, dann liegt in der „Sehnsucht nach einem menschlichen, gerechten und effizienten Wirtschaftssystem“ ein „riesiges gesellschaftliches Energiepotenzial“ (Corneo 2014: 6). Dieses Energiepotenzial bietet große Chancen auch für die politisch-ökonomische Bildung an Schulen. Es gilt, diese Energiequelle für unterrichtliche Lehr-Lern-Prozesse fruchtbar zu machen und sie in eine produktive Auseinandersetzung mit der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland und mit möglichen Alternativen zu überführen. Gerade über die Kontrastierung mit alternativen Ordnungsmodellen las-

sen sich die Funktionsweise sowie die Vor- und Nachteile unserer aktuellen Wirtschaftsordnung besser verstehen.

Geht man davon aus, dass eine wesentliche Entwicklungsaufgabe Jugendlicher darin besteht, herauszufinden, was sie politisch wollen und wo sie politisch stehen (vgl. Fend 1991: 11, 133-134), dann ist auch die Auseinandersetzung mit Fragen der Wirtschaftsordnung von Bedeutung, denn sie berühren identitätsrelevante Vorstellungen über Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Im Ergebnis handelt es sich hierbei um ein Orientierungsbedürfnis, auf das politisch-ökonomische Bildung reagieren sollte.

Bei diesem Postulat allein darf fachdidaktisches Denken aber nicht stehen bleiben. Es steht die Frage im Raum, wie die Auseinandersetzung mit der institutionellen Funktionsweise unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen im Unterricht erfolgen kann. Die gesellschaftliche und entwicklungsbezogene Relevanz des Themas ist noch keine Garantie für produktive Lern- und Aneignungsprozesse. Grundsätzlich besteht die Gefahr der schülerfernen Instruktion und trockenen politisch-ökonomischen Institutionenkunde, bei der ...

- weder eine wechselseitige In-Bezug-Setzung von Schüler/-innenvorstellungen und Gegenstand erfolgt,
- noch ein Verstehen von und Denken in Entwicklungszusammenhängen zwischen den einzelnen Wirtschaftsordnungen ermöglicht wird,
- und auch keine wirklichen Kontroversen über alternative Ordnungsmodelle wachgerufen werden.

Aus dieser Problemsicht ergibt sich unmittelbar die **erste Leitfrage** der vorliegenden Arbeit, nämlich: Wie lässt sich das Thema *Wirtschaftsordnungen* so unterrichten, dass verschiedene Ordnungsmodelle **a)** im Unterricht erlebbar gemacht, **b)** aus ihren Entwicklungszusammenhängen heraus verstanden und **c)** zum Gegenstand kontroverser Diskussionen über die Aus- und Umgestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden können. Im Rahmen der Arbeit wird ausgehend von dieser Leitfrage das Planspiel *Wirtschaftsordnungen* als *handlungsorientierte, genetische* und *kontroverse* Unterrichtsreihe entwickelt.

Womit begründet sich die methodische Entscheidung für das Planspiel? Bei der Planspielmethode handelt es sich um eine simulative Methode, die im besonderen Maße für den vorliegenden didaktischen Ansatz, Wirtschaftsordnungen im Unterricht erfahrbar machen zu wollen und auch über solche Ordnungen kontrovers nachzudenken, die nicht Teil unserer unmittelbaren Lebenswelt sind, geeignet erscheint. Die Planspielmethode baut auf der Grundidee auf, komplexe ökonomische, politische und/oder gesellschaftliche Funktionszusammenhänge im Unterricht modellhaft nachzuspielen – und zwar

ausdrücklich auch solche, deren „Ausprobieren im realen Leben mit hohen Budgets oder Risiken verbunden ist [...] oder die vorstellbar, aber noch nicht eingetroffen sind“ (Schwägele 2015: 13). Die gemeinsamen Spielerfahrungen aus der Simulation bilden anschließend die Basis der gemeinsamen Reflexion im Planspielunterricht, bei der sich die eigentliche Erkenntnisbildung vollzieht (vgl. Rappenglück 2004: 91-105; Reinhardt 2012: 138-139; Petrik 2013a: 64; Schwägele 2015: 44-47; Fischer 2015: 115-116).

An diese Überlegungen knüpft die **zweite Leitfrage** an. Sie lautet: Wie lernen die Schüler/-innen im Planspiel *Wirtschaftsordnungen*? Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird das Planspiel also nicht nur entwickelt, sondern auch empirisch untersucht. Das besondere Erkenntnisinteresse gilt dabei der Fragestellung, ob und wenn ja, wie die Schüler/-innen im Planspiel *Wirtschaftsordnungen* kompetenzorientiert lernen. Hierzu werden exemplarisch ausgewählte Lernwege aus einem Durchführungsverlauf des Gesamt-Planspiels *Wirtschaftsordnungen* rekonstruiert und kompetenzorientiert analysiert. Damit wendet sich die Studie bewusst gegen den Ansatz einer output-zentrierten, quantitativen „Kompetenzmessung“. Rekurrierend auf ein qualitatives Verständnis von Unterrichtsforschung geht es vielmehr darum, das Lernen im konzipierten Planspiel zu verstehen und neue Sichtweisen auf das Planspiellernen und auf kompetenzorientierte Lernprozesse zu entwickeln. Aus der Durchführung in der Unterrichtspraxis sind außerdem Impulse für eine Optimierung der komplexen Planspielkonzeption zu erwarten.

In der politikdidaktischen Forschung besteht allgemein ein Mangel an Studien, die Lernen als Prozess untersuchen (vgl. Reinhardt 2016: 18). Viele Studien dieser Fachrichtung konzentrieren sich auf die qualitative Erforschung von Schüler/-innenvorstellungen (z.B. Lutter 2011; Görs 2013; S. Fischer 2013; Schmitt 2015), auf die quantitative Erhebung von politischen Wissensbeständen (z.B. Goll u.a. 2010; Goll 2014; Oberle 2012) oder sie versuchen outputzentriert den Wissenszuwachs bei einzelnen Unterrichtsmethoden/-verfahren zu messen (z.B. Manzel 2007; Oberle/Forstmann 2014; Richter 2015). Grundsätzlich sind diese Forschungsergebnisse – trotz aller methodischen Kontroversen – zu würdigen, denn sie beleuchten entweder mögliche Voraussetzungen oder Ergebnisse politischen Lernens. Untersuchungen, die der Frage nachgehen, *wie* die Schüler/-innen in bestimmten Unterrichtsformaten, Anforderungssituationen oder Methoden lernen (z.B. Thormann 2012a; Petrik 2013a; M. May 2015a), sind hingegen selten. Das gilt speziell auch für die Erforschung der Planspielmethode. Bisher liegen keine Untersuchungsergebnisse für planspielbasierte Lernverläufe vor. Hier möchte ich mit meiner Forschungsarbeit am Beispiel des Planspiels *Wirtschaftsordnungen* einen explorativen Beitrag leisten.

Zum Aufbau der Arbeit

Ausgehend von diesem Forschungsprogramm baut sich die Arbeit aus insgesamt sechs Teilen auf. *Teil I* trägt die Überschrift „Wirtschaftsordnungen und das Problem ihrer Vermittlung“. In diesem Teil beschäftige ich mich mit dem Lerngegenstand *Wirtschaftsordnungen* aus fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Sicht. Die fachwissenschaftlichen Ausführungen beziehen sich auf den Begriff der Wirtschaftsordnung und die Bestimmung der beiden Grundmodelle *Freie Marktwirtschaft* und *Sozialistische Planwirtschaft* sowie auf die der Mischmodelle *Soziale Marktwirtschaft*, *Sozialistische Marktwirtschaft* und *Anarchistisch-Sozialistische Tauschwirtschaft*. Anschließend gehe ich in einer didaktischen Analyse darauf ein, aus welchen unterschiedlichen Perspektiven die Didaktik der Ökonomischen Bildung und die der Politischen Bildung den Lerngegenstand *Wirtschaftsordnungen* erfassen und welche Lernzugänge und Vermittlungsschwierigkeiten auf Seiten der Lernenden zu erwarten sind. Die Fragen, aus welchen fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen Perspektiven das Lernfeld *Wirtschaft und Wirtschaftsordnungen* zu unterrichten sei und in welchem Fach, sind äußerst konflikträftig und Gegenstand kritischer Kontroversen zwischen den verschiedenen Ansätzen der Politischen Bildung, der Ökonomischen Bildung und den Interessenverbänden der Wirtschaft (vgl. Reinhardt 2000; Detjen 2006; Hedtke 2007; Engartner 2010; Moegling 2012; Petrik 2013a; Fischer/Zurstrassen 2014; Zurstrassen 2015; Engartner/Hedtke/Zurstrassen 2015; H. May 2011; Seeber u.a. 2012; Kaminski 2006; Kaminski 2012). Aufgabe der vorliegenden Arbeit, die sich genuin mit dem Unterrichten von Wirtschaftsordnungen beschäftigt, ist es, sich in diesem brisanten Konfliktfeld zu verorten.

In *Teil II* der Arbeit geht es um die Didaktik der Planspielmethode. Hier erkläre ich in Anlehnung an Sibylle Reinhardt und Andreas Petrik zunächst die Theorie fachdidaktischer Prinzipien und den damit in Verbindung stehenden Begriff der Unterrichtsmethode, an dem sich mein politikdidaktisches Denken orientiert. Als leitende politikdidaktische Prinzipien werden die Handlungsorientierung, das Genetische Prinzip und das Prinzip der Kontroversität vertiefend ausgeführt und theoretisiert. Anschließend wird die Planspielmethode in ihren Lernchancen und ihrer Durchführung dargestellt. Außerdem wird ausgelotet, welche Möglichkeiten einer genetischen und kontroversen Erweiterung es für die Planspielmethode gibt.

Teil III „Lerntheorie und Kompetenzorientierung“ baut die theoretische Grundlegung der Arbeit durch lerntheoretische Überlegungen zur Planspielmethode weiter aus. In diesem Teil führe ich zugleich diejenigen lerntheoretischen Annahmen aus, die meinem Verständnis von Kompetenzentwicklung

und Kompetenzorientierung zugrunde liegen. Kritisch gehe ich außerdem auf die aktuelle Kompetenzdebatte innerhalb der Politikdidaktik ein. Ausgehend von dieser kritischen Auseinandersetzung entfalte ich einen methoden- und prozessorientierten Ansatz politikdidaktischer Kompetenzorientierung, der für die empirische Untersuchung des Planspiels *Wirtschaftsordnungen* richtungsgebend ist.

Teil IV „Das Planspiel *Wirtschaftsordnungen*“ hat die didaktische Konzeption der entwickelten Unterrichtsreihe zum Gegenstand. Es wird in die Idee, die didaktische Zielsetzung sowie in den Aufbau und die Dramaturgie des Gesamt-Planspiels *Wirtschaftsordnungen* eingeführt. Danach gehe ich detailliert auf die Konzeption und die Durchführung der einzelnen Komponenten des Gesamt-Planspiels ein.

Es folgt *Teil V*, die empirische Untersuchung des Planspiels *Wirtschaftsordnungen*. Neben der Begründung und Zielsetzung der empirischen Untersuchung wird in diesem Teil ein hermeneutisch-rekonstruktives und fachdidaktisches Forschungsdesign entwickelt. Hieran schließt sich dann die Dokumentation und Interpretation ausgewählter Lernwege sowie der Versuch einer Typenbildung an.

In *Teil VI*, dem Schlussteil, fasse ich die Ergebnisse der Arbeit zusammen und ziehe Schlussfolgerungen für die politikdidaktische Theorie und Praxis. Darüber hinaus werde ich einen Ausblick auf das Forschen und Lehren in der Disziplin der Politikdidaktik wagen.

Teil I: Wirtschaftsordnungen und das Problem ihrer Vermittlung

Allgemeindidaktisch betrachtet, geht es in unterrichtlichen Bildungsprozessen um die Vermittlung einer Sache und ihre Aneignung durch die Lernenden. Um zu klären, „wie [...] aus der Sache eine der Didaktik [wird]“ (Gruschka 2011: 20), ist die Sache zunächst selbst zu klären. Die Schwierigkeit besteht darin, eine Sache – im vorliegenden Fall *Wirtschaftsordnungen* – über ihre exemplarischen Erscheinungsformen und Merkmale zu bestimmen, dabei Auswahlentscheidungen begründet zu treffen sowie ihre inhärente Kontroversität fachwissenschaftlich herauszuarbeiten und zu bewerten, was Andreas Petrik (2013a: 21) in Bezug auf politische Bildungsprozesse insgesamt als das „*Gegenstandsproblem*“ (Hervorheb. i.O.) bezeichnet. Dieser Arbeitsschritt soll in der folgenden Sachanalyse geleistet werden. Aufgabe der Sachanalyse ist es, den Begriff *Wirtschaftsordnung* zu klären und problemorientiert in ausgewählte Ordnungsmodelle und in ihre Kontroversität einzuführen. Im Anschluss daran erfolgt die didaktische Analyse des Gegenstands.

1. Sachanalyse: Gegenstandsbestimmung und Ordnungsmodelle

1.1 Der Begriff *Wirtschaftsordnung*: Problemorientierte Gegenstandsbestimmung und Analyseansatz

Unter einer Wirtschaftsordnung versteht man das rahmensetzende Institutions- und Regelgefüge, in dem sich das wirtschaftliche Handeln in einem Gemeinwesen entfaltet (vgl. Peters 1997: 6; Thieme 2007: 10-11). Die wesentliche Organisations- und Koordinationsaufgabe liegt darin, die Produktion von Gütern und Dienstleistungen und damit den Einsatz und die Kombination der Produktionsmittel quantitativ und qualitativ auf die Bedürfnisse der Konsumenten abzustimmen und ihre Allokation entsprechend zu steuern (vgl. Krol/Schmid 2002: 3-6). Ausgehend vom ökonomischen Grundproblem der Knappheit ist zu entscheiden, welche Güter und Dienstleistungen mit den begrenzten Ressourcen produziert werden sollen und nach welchem Mechanismus diese zu verteilen sind. Der zugrunde liegende Organisations- und Koordinationsmechanismus konstituiert sich als *Wirtschaftsordnung* (vgl. Gutmann 1991: 27; Krol/Schmid 2002: 4-5; Thieme 2003: 10-11; Peters 1997: 4).

Beschäftigt man sich mit Wirtschaftsordnungen, so muss man sich verdeutlichen, dass sie das Wirtschaftsgeschehen nicht nur rahmengebend regulieren, sondern auch unmittelbar Einfluss auf die innere Struktur einer Gesellschaft nehmen (vgl. Eucken 1938/2005: 70-71). Zu denken sei hier an das allgemeine Wohlstandsniveau, an materielle Teilhabe- und Machtchancen sowie an individuelle Entfaltungsmöglichkeiten. Die Gemeinwohlverträglichkeit des Verteilungsmechanismus berührt dabei unmittelbar die politische Legitimation jeder Wirtschaftsordnung. Es liegt das Ziel vor, die Verteilung von Ressourcen gemeinwohlverträglich zu gestalten, wobei sich die Wertvorstellungen der verschiedenen Wirtschaftsordnungen sehr voneinander unterscheiden.

Darüber hinaus ist die Organisation des Wirtschaftens im Zusammenhang von Natur und Umwelt zu betrachten. Jedes Gemeinwesen ist darauf angewiesen, Produktion und Konsum so zu gestalten, dass sie sich an die natürlichen Umweltverhältnisse anpassen (vgl. Thieme 2007: 4). Die Qualität dieser Anpassung (ökonomische Spezialisierung und extensive Nutzung vs. nachhaltige Nutzung und Erhalt) wird über die Wirtschaftsordnung bestimmt.

Damit lassen sich drei Aufgabenbereiche einer Wirtschaftsordnung zusammenfassen: **a)** die Bedürfnisbefriedigung und Generierung wirtschaftlichen

Wohlstands, **b)** die gemeinwohlverträgliche Verteilung von Gütern und Ressourcen und **c)** die Anpassung des Wirtschaftens an die natürlichen Umweltverhältnisse. Neben dieser funktionalen Bestimmung des Begriffs *Wirtschaftsordnung* ist es für die Sachanalyse und den in ihr verfolgten Analyseansatz wichtig, das Begriffsverständnis noch weiter zu schärfen.

Auf den Nationalökonom **Walter Eucken** geht die begriffliche Unterscheidung zwischen *Wirtschaftsordnung* und *Wirtschaftssystem* zurück. Als Wirtschaftssysteme bezeichnete er die Zentralverwaltungswirtschaft¹ und die Verkehrswirtschaft. Während in der Zentralverwaltungswirtschaft das wirtschaftliche Geschehen in einem Gemeinwesen allein durch die Pläne einer Zentralstelle gelenkt wird, plant in der Verkehrswirtschaft eine Vielzahl von Akteuren ihr wirtschaftliches Handeln eigenständig und koordiniert sich über den Prozess der freien Preisbildung (vgl. Eucken 1938/2005: 34-35, 40-42). Vereinfacht könnte man auch von Planwirtschaft und Marktwirtschaft sprechen. Eucken konzipierte diese Wirtschaftssysteme als modellhafte Grundformen. Er spricht hier auch von Idealtypen, die er als heuristische Instrumente zur Analyse der in der Realität vorkommenden komplexen volkswirtschaftlichen Organisationsformen vorschlägt, die er *Wirtschaftsordnungen* nennt und als Mischformen beider Idealtypen versteht, die entweder mehr zu der einen oder mehr zu der anderen Grundform tendieren (Eucken 1938/2005: 34-35, 53-54; zum Begriff Idealtypus vgl. Weber 1921/1972: 10).

Diesem Begriffsverständnis schließe ich mich im Folgenden *nicht* an. Zwar ordne auch ich die Freie Marktwirtschaft und die Sozialistische Planwirtschaft als Grundtypen ein, aus denen andere Wirtschaftsordnungen als Mischmodelle hervorgehen; gleichzeitig verstehe ich Wirtschaftsordnungen aber *nicht* nur als empirische Realformen volkswirtschaftlicher Organisation. Gegen ein solches Begriffsverständnis spricht bereits, dass einige Mischmodelle wie beispielsweise die Sozialistische Marktwirtschaft des Demokratischen Sozialismus als Wirtschaftsordnung in der Realität jenseits des politischen Diskurses gar nicht existieren. Streng genommen verfügt sie damit überhaupt nicht über den Status einer empirischen Realform.

Als viel entscheidender erscheint mir jedoch die Tatsache, dass Euckens Begriffsverständnis den Blick von der theoretischen Konzeption der Mischformen ablenkt. Auch wenn Wirtschaftsordnungen Mischformen beider Grundtypen sind (wie beispielsweise die Sozialistische oder Soziale Marktwirtschaft), verfügen sie über eine theoretische Konzeption mit einer eigenen inhärenten Funktionslogik. Genau diese konzeptionelle Ebene ist es, die den politisch-gesellschaftlichen und den politisch-ökonomischen Diskurs bestimmt, wenn es um ein Denken und Argumentieren in unterschiedlichen Ordnungsmodellen geht. Auch in Diskussionen über wirtschaftspolitische

Entscheidungen stehen hinter den unterschiedlichen Positionen und Argumenten Ordnungsmodelle mit ihren jeweiligen theoretischen Konzeptionen.

Daher werden die Wirtschaftsordnungen, so wie sie in der Sachanalyse untersucht werden, nicht als Realtypen gefasst, sondern auf der Grundlage ihrer theoretischen Konzeptionen und der darin enthaltenen Funktionsmodelle analysiert. In Anlehnung an János Kornai (1995: 5-16) Ansatz, den er für die Untersuchung der Sozialistischen Planwirtschaft entwickelt hat, nimmt die vorliegende Sachanalyse empirische Bezüge allein zu dem Zweck auf, systemimmanente Regelmäßigkeiten herauszustellen und exemplarische Verweise zu ermöglichen. Ausdrücklich intendiert die Sachanalyse keine historische oder empirisch-detailorientierte Auseinandersetzung mit Wirtschaftsordnungen. Im Fokus der Analyse stehen ausschließlich die allgemeinen modellhaften Zusammenhänge ihrer jeweiligen Funktionsweisen. Zudem wird ein problemorientierter Analyseansatz verfolgt. Das heißt: Die unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen sollen nicht widerspruchsfrei vorgestellt, sondern zugleich kritisch reflektiert werden.

In der vorliegenden Sachanalyse sollen neben den beiden Grundmodellen Freie Marktwirtschaft und Sozialistische Planwirtschaft die Soziale Marktwirtschaft, die Sozialistische Marktwirtschaft des Demokratischen Sozialismus und die Anarchistisch-Sozialistische Tauschwirtschaft einbezogen werden. Die Auswahl der Wirtschaftsordnungen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die vorliegende Auswahl orientiert sich daran, Hauptströme der gesellschaftlichen und politischen Diskussion aufzugreifen und im Sinne des Beutelsbacher Konsenses alle politischen Orientierungen abzudecken. Jede der ausgewählten Wirtschaftsordnungen setzt sich aus grundlegenden Ordnungselementen zusammen:

- die Eigentumsform an den Produktionsmitteln (privat, gesellschaftlich),
- der Planungs- und Lenkungsmechanismus (dezentral, zentral/Wettbewerb, Kooperation),
- das Anreizsystem (Gewinnprinzip, Planerfüllungsprinzip, Bedürfnisprinzip) und
- die Rolle des Staates (Nachwächterstaat, Ordnungsstaat, Sozialstaat, Staat als zentrale Planungs- und Steuerungsinstanz, kein Staat).

„Die Vielfalt konkreter Wirtschaftsordnungen ist Ausdruck der Fülle von Kombinationsmöglichkeiten dieser Ausprägungen von Ordnungsformen“, so Thieme (2007: 11). Das Funktionsmodell einer Wirtschaftsordnung resultiert unmittelbar aus ihrer institutionellen Kombination der Ordnungselemente.

Jede Wirtschaftsordnung transportiert in ihrem institutionellen Gefüge Denk- und Handlungsweisen von einer ganz bestimmten moralischen Qualität.

Wirtschaftsordnungen geben Denk- und Handlungsweisen vor, die sie als richtig oder falsch legitimieren. Die moralische Qualität ihrer Handlungslogiken ist abgestimmt auf ihre zugrunde liegenden Annahmen über die moralische Handlungsfähigkeit des Menschen – auf sein Anreizsystem, seine soziale Perspektive und sein soziomoralisches Bewusstsein. Jede Wirtschaftsordnung baut dementsprechend auf einem bestimmten Menschenbild auf. Wirtschaft ist – um es mit den Worten von Ludwig Erhard zu sagen – eben kein „seelenlose[r] Automatismus“, den man allein „in einem technischen Sinne“ begreifen kann, „sondern sie wird von Menschen getragen und von Menschen geformt“ (Erhard 1957/2009: 272-273). Dementsprechend sollen die Wirtschaftsordnungen auch in Bezug auf ihr zugrunde gelegtes Menschenbild untersucht werden.

Ferner wird die Analyseebene bewusst im nationalen Rahmen gehalten. Man könnte sie auch global definieren. Für eine globale Erweiterung sprechen die internationale Verknüpfung der Wirtschaftsbeziehungen sowie die weltweite Dimension der sozialen und ökologischen Probleme. Ich habe mich aber bewusst für eine nationalstaatliche Analyseebene entschieden, denn demokratietheoretisch betrachtet gehört die Wirtschaftsordnung zu den Gestaltungsaufgaben eines politischen Gemeinwesens. Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die gemeinsam darüber bestimmen, in welcher Wirtschaftsordnung sie leben wollen. Analog zu diesem Sachverhalt setzen globale Veränderungen im Weltwirtschaftssystem entsprechende Entscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene voraus.

Jede der ausgewählten Wirtschaftsordnungen wird im Folgenden a) zunächst ideengeschichtlich eingeordnet und in Bezug auf ihre normativen Leitideen analysiert. Danach wird jeweils b) das Funktionsmodell vorgestellt und kritisch reflektiert sowie c) das zugrunde gelegte Menschenbild untersucht. Abschließend werden die ausgewählten Wirtschaftsordnungen systematisiert und in den Kompass der politischen Ideen eingeordnet.

1.2 Freie Marktwirtschaft

a) Ideengeschichtliche Einordnung und normative Grundlagen

Historisch und geistesgeschichtlich betrachtet ging die Idee der Freien Marktwirtschaft aus dem klassischen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts hervor, der sich gegen die persönlichen Abhängigkeiten des Feudalsystems und den umfassenden Zugriff des absolutistischen Staates auf den Bürger wandte. Er erhob die Freiheit des Individuums zur zentralen Kategorie. Im Laufe des 20. Jahrhundert formierte sich der Ordnungsgedanke der Freien

Marktwirtschaft dann als Gegenkonzept zum Staatssozialismus einerseits und zum Modell des westlichen Wohlfahrtsstaates andererseits. Der Neoliberalismus, in der Form wie er sich seit den 1980er Jahren herauskristallisierte und bis heute einflussreich ist, stellt schließlich den Versuch dar, den freien Markt als Regulierungsinstrument auf die Gesamtheit des Gemeinwesens zu übertragen und es damit vollständig zu ökonomisieren (vgl. Maier-Rigaud/Maier-Rigaud 2001: 210-211; Ptak 2008: 30).

Der Liberalismus folgt dem verfassungspolitischen Ideal einer möglichst weitgehenden Trennung von Staat auf der einen und Wirtschaft und Gesellschaft auf der anderen Seite (vgl. Benz 2001: 21-25). Dem liberalen Ansatz zufolge geht es darum, dass sich der Bürger frei von politischen Abhängigkeiten um seine wirtschaftliche Existenz kümmern und seine Lebensführung mit den erwirtschafteten Mitteln ohne Bevormundung gestalten kann. Indem sich der Staat aus der wirtschaftlichen Sphäre weitgehend heraushält und wirtschaftliche Macht sich auf eine Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren verteilt, wird nach liberalem Verständnis eine Begrenzung und Ausbalancierung von Macht ermöglicht, was für das liberale Ideal einer freien und demokratischen Gesellschaft als basal erachtet wird (vgl. Friedman 1962/2010: 38-39; Hayek 1971/2005: 150).

Dem Liberalismus liegt ein Freiheitsbegriff zugrunde, wonach jeder Mensch entsprechend seinen Anlagen und Interessen die gleiche Chance auf die freie Gestaltung seines Lebens haben soll (Friedman 1962/2010: 232). Gleichzeitig hat die Lebensgestaltung aber auch eigenverantwortlich zu erfolgen. Ökonomische Freiheit, die sich im Recht auf freie Berufswahl, Gewerbefreiheit und Konsumfreiheit konkretisiert, nimmt dabei eine zentrale Stellung ein. Der liberale Freiheitsbegriff ist dabei auf das engste verknüpft mit dem Privateigentum an materiellen Ressourcen. Die private Verfügungsgewalt über materielle Ressourcen bietet nach liberalem Verständnis einen Bereich, in dem das Individuum innerhalb des gesetzlichen Rahmens vor dem Zugriff Dritter und damit vor Einmischung und Zwang geschützt ist (vgl. Hayek 1971/2005: 179-181). Mit dem aufgezeigten Freiheitsverständnis verbindet sich unmittelbar der liberale Gerechtigkeitsbegriff, der sich inhaltlich auf Leistungsgerechtigkeit zuspitzen lässt (vgl. Friedman 1962/2010: 193-195).

Kennzeichnend für den Liberalismus wie auch für den Neoliberalismus ist ihr fundamentaler Glaube an die Funktionsfähigkeit und Gemeinwohlverträglichkeit des Marktes. Als Ursachen sind hierfür geistesgeschichtliche Gründe anzuführen. Adam Smith (1776/2006: 551) als Vater der liberalen Wirtschaftswissenschaft und seine unmittelbaren Nachfolger haben die Selbstregulation des Marktes als Teil einer übergeordneten göttlichen Ordnung be-

griffen, der automatisch zum Wohle der Allgemeinheit führt und der am besten funktioniert, wenn der Mensch nicht von außen eingreift. Der Marktmechanismus erfuhr ursprünglich also eine „theologisch-metaphysische“ Begründung und Überhöhung (Rüstow 1945/2001: 78), die im Zuge der Rationalisierung der Wirtschaftswissenschaft zwar verloren ging, aber „subtheologisch“ im dogmatischen Glauben an die Wirksamkeit und Unantastbarkeit des Marktautomatismus bis heute bestehen blieb (vgl. Rüstow 1945/2001: 78-81, 121, 138; Sedláček 2012: 321-329). Innerhalb dieser normativen Ausrichtung ist ökologische Nachhaltigkeit als eine eigenständige Leitidee nicht verankert.

b) Funktionsweise

Am besten kann man sich dem Wesen der Freien Marktwirtschaft über die Erklärung des Marktmechanismus nähern: In der Marktwirtschaft tritt eine große Vielzahl privatwirtschaftlich organisierter Unternehmen (Anbieter), die Güter anbieten, mit einer noch größeren Anzahl von Käufern (Nachfrager), die entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen bestimmte Güter nachfragen, in Beziehung – und zwar ohne zentrale Steuerung seitens des Staates oder einer anderen behördlichen Organisationsgewalt (vgl. Samuelson/Nordhaus 2010: 56). Das Privateigentum an den Produktionsmitteln gehört dabei zu den konstitutiven Elementen der Freien Marktwirtschaft, das heißt, die Fabriken, Betriebe, Arbeitsmittel und Vermögensanlagen sind in privater Hand. Der private Eigentümer beziehungsweise die Eigentümergemeinschaft trifft eigenverantwortlich die Entscheidung, welches Produkt oder welche Dienstleistung in welcher Qualität, in welcher Menge und zu welchem Preis auf dem Markt angeboten wird. Nicht nur die Unternehmen planen einzeln für sich, sondern auch die Nachfrager (vgl. Eucken 1939/1989: 88-89). Die Abstimmung der Einzelpläne, also ihre Koordination, erfolgt dezentral auf dem Markt. Der Markt ist derjenige Ort, an dem Anbieter und Nachfrager aufeinandertreffen, Preise festlegen und Güter austauschen (vgl. Samuelson/Nordhaus 2010: 57).

Bei der Freien Marktwirtschaft handelt es sich um die „*strenge Hinordnung aller Wirtschaftsvorgänge auf den Konsum, der über seine in Preisen ausgedrückten Wertschätzungen der Produktionsbewegung die bestimmenden Signale erteilt*“ (Müller-Armack 1946/1990: 78; Hervorheb. i.O.). Steigt die Nachfrage nach einem Gut, so steigt auch dessen Preis, und gibt den Unternehmen das Signal mehr von diesem Gut zu produzieren. Stagniert oder reduziert sich die Nachfrage nach einem Gut, so sinkt auch dessen Preis, was für die Unternehmen bedeutet, weniger von diesem Gut zu produzieren und/oder das Produktionskapital für ein anderes/neues Produkt einzusetzen.

Das Prinzip der freien Preisbildung fungiert damit als basales Binde- und Steuerinstrument zwischen Konsumenten (Nachfragern) und Produzenten (Anbietern).

Der dezentrale Koordinationsmechanismus des Marktes baut dabei auf „freiwillige[r] Kooperation“ (Friedman 1962/2010: 36) auf. Da der Kauf beziehungsweise Verkauf eines Gutes grundsätzlich freiwillig und auf beiden Seiten informiert erfolgt – so zumindest die wirtschaftstheoretische Annahme –, kann vorausgesetzt werden, dass eine Transaktion nur dann stattfindet, wenn Anbieter und Nachfrager ihren beiderseitigen Nutzen daraus ziehen. Es liegt demnach ein freiwilliger Austausch, eine „Koordination ohne Zwang“ (Friedman 1962/2010: 36) vor. Während der Anbieter für ein Gut einen möglichst hohen Preis haben möchte, um einen maximalen Gewinn zu erzielen, will der Nachfrager das gewünschte Gut möglichst günstig kaufen (vgl. Samuelson/Nordhaus 2010: 87, 93-94). Es handelt sich um einen grundlegenden Interessenkonflikt, der durch den Preis als Kompromiss aufgelöst wird. Die Erfüllung der Interessen des anderen ist dabei kein Ausdruck einer prosozialen Orientierung, sondern erfolgt im eigenen egoistischen Interesse der Akteure. Diesen Zusammenhang formulierte Adam Smith in seiner berühmt gewordenen Passage seines Werkes „Der Wohlstand der Nationen“ folgendermaßen:

„Wer einem anderen irgendeinen Handel anträgt, macht ihm einen Vorschlag. Gib mir, was ich will, und du sollst haben, was du willst, ist der Sinn eines jeden solchen Anbietens; und auf diese Weise erhalten wir voneinander den weitaus größten Teil der guten Dienste, deren wir benötigt sind. Nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern auf ihre Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihren Egoismus, und sprechen ihnen nie von unseren Bedürfnissen, sondern von ihren Vorteilen.“ (Smith 1776/2006: 27)

Wie „von einer unsichtbaren Hand geleitet“ (Smith 1776/2006: 551) führt der Marktmechanismus dazu, dass das Handeln der Marktakteure zum jeweils eigenen Vorteil dem Wohlstand der Nation zugutekommt. Die „unsichtbare Hand“ beschreibt das Phänomen, dass die Anbieter unter Wettbewerbsbedingungen dazu gezwungen werden, im Interesse ihres eigenen egoistischen Vorteils auf die Interessen der Konsumenten einzugehen und damit unbewusst einen Beitrag zum Wohl des Ganzen zu leisten. Umgekehrt müssen auch die Konsumenten, in ihrem eigenen Interesse den Interessen der Anbieter entgegenkommen. Auch sie leisten damit einen Beitrag zum Gemeinwohl. Das Gemeinwohl im Sinne eines Nutzens für alle entsteht, ohne dass einer der Akteure es bewusst verfolgt.

Gemäß der Marktlogik entwickeln die Unternehmen unter dem Druck des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs im eigenen Profitinteresse ihre Produkte

weiter und sind an einem effizienten Ressourceneinsatz interessiert; sie versuchen Nischen zu finden und unterschiedliche Preis- und Qualitätssegmente für die Kunden anzubieten (vgl. Erhard 1957/2009: 15-16, 212; Röpke 1955/2009a: 284). Technologische Innovationen und Effizienz in der Produktion gehören, wie die mit der Angebots- und Preisvielfalt verbundene Auswahlmöglichkeit (auch für den „kleineren Geldbeutel“), zu den positiven Folgen des marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismus. Die Orientierung auf die Konsumentenwünsche wird durch Profit belohnt, während eine Produktion, die zu teuer oder wenig innovativ ist und an den Konsumentenwünschen vorbei geht, durch Gewinnausfälle bis hin zum Bankrott bestraft wird. Ausdrücklich sind die positiven Wirkungen des Marktautomatismus aber an die Bedingung eines funktionierenden Leistungswettbewerbs geknüpft.

Nicht verschwiegen werden dürfen natürlich die negativen sozialen Folgen, die Unternehmenskonkurse für die Unternehmer und Angestellten haben. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass der dezentrale Koordinationsmechanismus des Marktes zu regelmäßigen Disparitäten zwischen den Plänen der Anbieter und denen der Nachfrager führt, die sich in Konjunkturschwankungen ausdrücken, zu deren Konsequenzen die Zunahme von Arbeitslosigkeit bei sinkender Konjunktur gehört. Möglich ist auch die Entstehung von Spekulationsblasen, deren Platzen – so wie an den globalen, deregulierten Finanzmärkten im Jahr 2008 geschehen – sich zu einer Krise der Gesamtwirtschaft ausdehnen kann.

Besondere Beachtung verdient darüber hinaus die Tatsache, dass die Teilnahme am System Markt das Verfügen über Tauschmasse in Form von materiellen (Geld, Güter) oder humanen Ressourcen (Arbeitskraft) voraussetzt. Menschen, die aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen über keine der am Markt nachgefragten Ressourcen verfügen, sind von ihm ausgeschlossen. In dieser Hinsicht muss auch darauf hingewiesen werden, dass das (neo-) liberale Freiheitsversprechen „konditional“ ist (Vobruda 2003: 139). Inwiefern eine Person ihre individuelle Lebensführung durch Konsum-, Berufs- und Vertragsfreiheit umsetzen kann, hängt wesentlich davon ab, in welchem Umfang sie über die nötigen materiellen Ressourcen verfügt.

Richtet man den Blick auf die Folgen der Freien Marktwirtschaft, so sind auch die großen Unterschiede innerhalb der Einkommens- und Vermögensverteilung zu nennen, aus denen wiederum ökonomische Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse resultieren können (vgl. hierzu die marxistische Kritik in Kapitel 1.3.1). Der freie Markt führt auch nicht zwangsläufig immer zu einer leistungsgerechten Entlohnung der Marktteilnehmer, die dem erbrachten Beitrag zum Allgemeinwohl entspricht (vgl. Stiglitz 2012: 15, 61, 312). Vielmehr bietet ein unregulierter und vermachteter Markt die Möglichkeit des so-

genannten rent-seeking. Hierunter versteht man die Erzielung eines in keinem Zusammenhang zur erbrachten ökonomischen Leistung stehenden Einkommens auf der Grundlage von ökonomischer Macht (z.B. durch Monopol- oder Oligopolstrukturen), politischer Einflussnahme (durch Lobbyismus) oder von Informationsvorteilen (z.B. bei Bank-Kunden-Geschäften) (vgl. Stiglitz 2012: 73-77, 155).

Für die Theoretiker der Freien Marktwirtschaft handelt es sich bei den dargestellten Problemen um situative Effekte, die sich ihrer Ansicht nach über das freie Spiel der Marktkräfte von selbst regulieren. Eine systembezogene Problemsicht liegt nicht vor. Ebenfalls ist ein Bewusstsein für die Bedingungen, die der Marktmechanismus benötigt, um seine positiven Folgen entfalten zu können, im klassischen und neoliberalen Konzept der Freien Marktwirtschaft nur äußerst peripher verankert (vgl. Maier-Rigaud/Maier-Rigaud 2001: 219-220, 226, 251-254; vgl. hierzu auch die Kritik des Ordo-Liberalismus in Kapitel 1.4.1). Komplementär zu diesem Verständnis kommt dem Staat in der Freien Marktwirtschaft lediglich die Rolle eines „Nachwächters“ zu, der für Recht und Ordnung sorgt, die privat geschlossenen Verträge justiziabel macht, die innere und äußere Sicherheit gewährleistet, aber – und das ist der Punkt – selbst nicht in das freie Spiel der Marktkräfte eingreift (vgl. Smith 1776/2006: 850; Friedman 1962/2010: 37-38).

Wie eingangs bereits erwähnt, liegt eine wesentliche Stoßrichtung der Vertreter einer Freien Marktwirtschaft in der Ablehnung des modernen Sozialstaates westlicher Prägung. Soziale Hilfsmaßnahmen und Vorsorge für Krankheit und Alter werden zwar als positiv und wünschenswert betrachtet, sie sollen aber freiwillig und privat erfolgen. In Zwangssteuern und gesetzlich verpflichtenden Sozialabgaben wird hingegen ein Angriff auf die Freiheit des Einzelnen gesehen. Nach Ansicht der Freien Marktwirtschaft steht es dem Staat nicht zu, darüber zu bestimmen, wie der einzelne Bürger mit seinem erwirtschafteten Geld umgeht, ob er für Alter und Krankheit vorsorgt oder ob er Solidarität mit den Bedürftigen übt. In einem Interview im Jahr 2006 sagte Milton Friedman:

„Es ist [...] unmoralisch, Geld von den Reichen zu nehmen und den Armen zu geben, unter der Voraussetzung, dass die Reichen ihr Geld ehrlich verdient haben. Wieso ist stehlen moralisch? Und wo ist der Unterschied zwischen Besteuerung und Diebstahl? Man kann Steuern legitimieren, wenn man sie als den Preis für notwendige staatliche Dienstleistungen betrachtet. [...] Ist dies [Friedman meint hier die Schaffung einer egalitären Gesellschaft; Anm. C.F.] wirklich eine notwendige staatliche Dienstleistung? Daran zweifle ich.“ (Friedman zitiert aus Zucker 2006)

Die Ablehnung sozialstaatlicher Sicherungs- und Umverteilungsmaßnahmen begründet sich vor allem mit dem liberalen Freiheits- und Gerechtigkeitsver-

ständnis. Aus Sicht der Freien Marktwirtschaft ist es Ausdruck gerechter Gleichbehandlung, wenn anspruchsvollere und verantwortungsvollere Berufe, die ein höheres Maß an Einsatz, Engagement und Risikobereitschaft voraussetzen, besser entlohnt werden als solche, die dies in einem geringeren Umfang zugunsten einer größeren Sicherheit und ausgedehnter Freizeit tun. Es ist aus liberaler Sicht geradezu ein Ausdruck von Ungleichbehandlung, die unterschiedliche Leistungsbereitschaft von Menschen zu nivellieren (vgl. Friedman 1962/2010: 193-195).² Darüber hinaus wird die Ungleichverteilung von Einkommen und Eigentum mit den unterschiedlichen Anlagen der Menschen begründet.

Die Ablehnung sozialstaatlicher Hilfs- und Umverteilungsmaßnahmen begründet sich ferner damit, dass sie als marktverzerrend und kontraproduktiv gesehen werden. Dieser Sicht nach reduziert der Sozialstaat die Bereitschaft der Menschen, sich um sich selbst zu kümmern und ein eigenverantwortliches Leben zu führen (vgl. Friedman 1962/2010: 214-215, 232-237). Daneben problematisiert man die expansive Entfaltungstendenz sozialstaatlicher Sicherung als Gefahr für eine freie Gesellschaft (vgl. Friedman 1962/2010: 237-239; Hayek 1971/2005: 409-411).

Eingangs wurde bereits erwähnt, dass ökologische Nachhaltigkeit nicht als eigenständige Leitidee im marktwirtschaftlich-liberalen Denken verankert ist. Folgt man der marktwirtschaftlichen Logik, so fragen die Bürger, wenn sie ökologisch produzierte Produkte wollen, diese von sich aus nach und die Unternehmen reagieren im eigenen Interesse auf dieses Bedürfnis. Staatliche Vorgaben wären demnach überflüssig. Mit der marktwirtschaftlichen Logik ließe sich außerdem argumentieren, dass der bestehende Konkurrenzdruck auf dem Markt automatisch alle Marktteilnehmer dazu zwingt, effizient mit Ressourcen und Energie umzugehen sowie ressourcensparende Technologien hervorzubringen. Gleichzeitig stellt sich aber das Problem, dass Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, solange sie nicht vermarktbar sind oder schnelle Effizienzgewinne versprechen, sich als negativer Kostenfaktor darstellen. In der Realität führen Preiskampf und Konkurrenzdruck ohne gesetzliche Regulierung zur Ausbeutung der Umwelt.

c) Menschenbild

Die Grundlogik des marktwirtschaftlichen Systems basiert primär auf einer Orientierung beziehungsweise Motivation des Handelns, die auf Austauschgerechtigkeit beruht. Man tauscht für eine Gegenleistung und verfolgt dabei seine eigenen egoistischen Interessen. Nach Smith (1776/2006: 551) resultiert jedoch aus den vielen Einzelegoismen, wie „von einer unsichtbaren Hand geleitet“, das größte Allgemeinwohl für die Gesellschaft. Das Ge-

meinwohl als moralischer Wert des Gesamtsystems setzt sich damit qualitativ von der ökonomischen Motivationsstruktur des Einzelnen, der seinem Eigennutzen folgt, ab (vgl. Reinhardt 1999: 82-83). Aus diesen Überlegungen entwickelte sich der „homo oeconomicus“ als „Grundkonzept der ökonomischen Anthropologie“ (Sedláček 2012: 28).

Das Menschenbild des „homo oeconomicus“ geht davon aus, dass der Mensch hauptsächlich von seinen Eigeninteressen geleitet wird und diesen rational folgt. Auf die Annahmen dieses Menschenbildes ist das Funktionssystem der Freien Marktwirtschaft abgestimmt: freie Vereinbarungen zwischen Individuen, die ihrem eigenen Nutzen folgen und unter Konkurrenzbedingungen versuchen, den Interessen der anderen im eigenen Interesse gerecht zu werden (vgl. Friedman 1962/2010: 36-37). Im Umkehrschluss ist die konkurrenzbasierte Marktwirtschaft aber auch als ein Regelsystem zu verstehen, das die Akteure zum eigennutzorientierten Handeln zwingt, weil sie ansonsten auf dem Markt nicht bestehen könnten (vgl. Homann/Pies 1994: 3).

1.3 Sozialistische Planwirtschaft³

a) Ideengeschichtliche Einordnung und normative Grundlagen

Ideengeschichtlich und systemanalytisch ist es sinnvoll, die Sozialistische Planwirtschaft in Kontrastierung zur Freien Marktwirtschaft zu analysieren. Aus marxistisch-sozialistischer Sicht gestaltet sich die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Marktwirtschaft – auch Kapitalismus genannt – als Ausbeutungssystem, das die Gesellschaft in eine herrschende und eine beherrschte Klasse spaltet (vgl. Marx/Engels 1848/2011: 20-32). Die herrschende Klasse ist das kapitalistische Besitzbürgertum, die Bourgeoisie. Ihre Machtstellung gründet sich auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Ihnen steht die große Zahl derjenigen Menschen gegenüber, die über keine Produktionsmittel verfügen und deren einziges Kapital in ihrer Arbeitskraft besteht. Sie werden auch als das Proletariat bezeichnet. Um ihre Bedürfnisse befriedigen zu können, sind sie gezwungen, ihre Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten (Marx/Engels 1848/2011: 27).

Der durch die Arbeiter erwirtschaftete Mehrwert wird in Form von Profit von den Unternehmensbesitzern abgeschöpft. Der Arbeiter erhält einen Lohn, der nur sein Überleben sichert, während der darüber liegende produzierte Mehrwert in Form von Profit durch den Unternehmer privatisiert und akkumuliert wird, was der Marxismus als „Expropriation“ bezeichnet (Marx 1865/1981: 101-107). Die Annahme einer Gemeinwohlgenerierung im Sinne einer